

**Prüfungs- und Studienordnung
der Theologischen Fakultät
für das Fach Evangelische Religionslehre im Studiengang Lehramt an Regelschulen
vom 9. März 2009**

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 34 Abs. 3 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 535), und auf Grundlage der Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen (ThürEstPLRSVO) vom 9. Dezember 2008 (GVBl. S. 484) erlässt die Friedrich-Schiller-Universität Jena folgende Prüfungs- und Studienordnung. Der Rat der Theologischen Fakultät hat die Ordnung am 8. Juli 2008 beschlossen, der Senat der Friedrich-Schiller-Universität hat der Ordnung am 17. Februar 2009 zugestimmt. Die Ordnung wurde am 9. März 2009 vom Rektor der Friedrich-Schiller Universität Jena genehmigt.

Inhalt

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Studienvoraussetzungen, Eingangspraktikum
- § 3 Umfang des Studiums und der Staatsprüfung
- § 4 Gliederung des Studiums, Module
- § 5 Ziel und Inhalt des Studiums
- § 6 Modulkatalog
- § 7 Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Modulverantwortliche, Prüfer und Beisitzer
- § 10 Arten von Modulprüfungen
- § 11 Anmeldung und Zulassung zu Modulprüfungen
- § 12 Fristen für die Ablegung von Modulprüfungen
- § 13 Sonderfälle
- § 14 Praxissemester
- § 15 Bewertung der Prüfungsleistungen in Modulen, Bildung der Noten
- § 16 Wiederholung von Modulprüfungen
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 18 Widerspruchsverfahren
- § 19 Zeugnisse und Bescheide
- § 20 Ungültigkeit bereits festgestellter Prüfungsergebnisse
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfrist
- § 22 Studienfachberatung
- § 23 Gleichstellungsklausel
- § 24 Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

**§ 1
Geltungsbereich**

Die Prüfungs- und Studienordnung regelt auf der Grundlage der Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen (ThürEstPLRSVO) Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums im Prüfungsfach Evangelische Religionslehre an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bis zur Ersten Staatsprüfung. Insbesondere regelt sie das Studium für Module und Vorbereitungsmodule sowie die Prüfungen in den Modulen. Für die Staatsprüfungen gelten die Bestimmungen der Staatsprüfungsordnung (ThürEstPLRSVO) in der jeweils geltenden Fassung. In der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen wird die wissenschaftliche, in den Fächern Kunsterziehung und Musik auch die künstlerische Befähigung des Kandidaten zur Erteilung von Unterricht in seinen gewählten Prüfungsfächern an

Regelschulen ermittelt. Die Prüfung wird in den Bildungswissenschaften (hier: Erziehungswissenschaft) und in zwei gem. § 3 Abs. 2 ThürESTPLRSVO gewählten Prüfungsfächern einschließlich ihrer Fachdidaktiken abgelegt.

§ 2

Studienvoraussetzungen, Eingangspraktikum

- (1) Das Studium wird zum Wintersemester aufgenommen.
- (2) Die Voraussetzung für die Zulassung zum Studium ist die allgemeine (oder fachgebundene) Hochschulreife oder ein von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis.
- (3) Als Sprachvoraussetzungen sind Lateinkenntnisse und Griechischkenntnisse im Umfang von einem Semester (6 SWS) nachzuweisen. Sind die Sprachvoraussetzungen nicht im Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife enthalten, müssen die entsprechenden Leistungsnachweise spätestens bis zum Ende des 1. Studienjahres erbracht werden. Da es sich bei den Sprachvoraussetzungen um das Nachholen von Studienvoraussetzungen handelt, werden hier keine ECTS-Punkte vergeben.
- (4) In der Regel ist mit Studienbeginn ein Eingangspraktikum im Umfang von 320 Stunden nachzuweisen. Ist der Nachweis zu Studienbeginn nicht oder nicht in vollem Umfang möglich, können fehlende Leistungen spätestens bis zum Beginn des Praxissemesters (vgl. § 14) nachgeholt werden. Aufgabe und Ziel des Eingangspraktikums ist es, Studierende zu befähigen, einen pädagogischen Bezug zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Das Eingangspraktikum dient der Selbstüberprüfung der Studierenden im Zusammenhang mit der Aufnahme eines pädagogisch orientierten Studiums. Zuständig für die Beratung zum Eingangspraktikum ist das Praktikumsamt für Lehrämter des Zentrums für Lehrerbildung und Didaktikforschung (ZLD).

§ 3

Umfang des Studiums und der Staatsprüfung

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt 9 Semester. Im Studiengang für das Lehramt an Regelschulen sind insgesamt 270 Leistungspunkte (LP) zu erwerben. Diese gliedern sich in
 - das Prüfungsfach Evangelische Religionslehre einschließlich Fachdidaktik mit 80 LP,
 - das zweite gewählte Prüfungsfach einschließlich Fachdidaktik mit 80 LP,
 - die Erziehungswissenschaften mit 20 LP,
 - das Praxissemester mit 30 LP.Die restlichen 60 LP entfallen auf die Prüfungsmodulare der Ersten Staatsprüfung (10 LP für jedes Fach, 5 LP für jede Fachdidaktik, 10 LP für die Erziehungswissenschaften und 20 LP für die wissenschaftliche Hausarbeit).
- (2) Im Durchschnitt sind pro Semester insgesamt 30 Leistungspunkte zu erwerben. Für die Vergabe eines Leistungspunktes wird entsprechend den Vorgaben im European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) eine Arbeitsbelastung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 30 Stunden für einen LP angenommen. Die gesamte Arbeitsbelastung für Studien- und Prüfungsleistungen soll pro Studienjahr einschließlich der vorlesungsfreien Zeit 1.800 Stunden nicht überschreiten.
- (3) Im Prüfungsfach Evangelische Religionslehre ist für das Praxissemester im Umfang von 30 LP das 5. oder das 6. Semester gemäß Musterstudienplan vorgesehen.
- (4) Folgende Zeiten werden nicht auf die Regelstudienzeit nach Abs. 1 angerechnet, wenn einem begründeten Antrag auf Beurlaubung stattgegeben worden ist:
 - Zeiten des Mutterschutzes und der Gewährung von Elternzeit,
 - Zeiten des Wehr- und Ersatzdienstes,
 - Zeiten, während deren der Studierende wegen längerer, durch ärztliches Attest nachgewiesener schwerer Krankheit am Studium gehindert war,
 - Zeiten eines studienbedingten Auslandsaufenthaltes,

- Zeiten, während deren der Studierende als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgeschriebenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Universität tätig war.

Genauerer regelt die Immatrikulationsordnung der Friedrich-Schiller-Universität. Anträge auf Beurlaubung sind an das Studentensekretariat (Studierenden-Service-Zentrum) zu richten.

(5) Für Studierende im Rahmen des Teilzeitstudiums verdoppeln sich die in dieser Ordnung in § 3 Abs. 1, § 3 Abs. 2 und § 12 genannten Zeiträume und Fristen.

§ 4

Gliederung des Studiums, Module

(1) Das Studienangebot ist modular aufgebaut. Es umfasst Module und Vorbereitungsmodule. Jedes Modul bildet eine Lern- und Prüfungseinheit. Die Veranstaltungen eines Moduls erstrecken sich in der Regel über ein bis zwei Semester.

(2) In das Lehramtsstudium ist ein Praxissemester integriert. Für das Prüfungsfach Evangelische Religionslehre regeln § 5 Abs. 7 und § 14 sowie die Praxissemesterordnung für Lehrämter der Friedrich-Schiller-Universität Näheres.

(3) Die in den Modulprüfungen erworbenen Leistungspunkte gehören zu den Zulassungsvoraussetzungen für die Staatsprüfungen im Prüfungsfach Evangelische Religionslehre. Wann die Zulassung zur Ersten Staatsprüfung beantragt werden kann, regelt die Staatsprüfungsordnung.

(4) Der Studierende kann – soweit Kapazitätsbeschränkungen in einzelnen Modulen dies nicht verhindern – weitere Module aus dem Angebot des Faches und anderer Fächer absolvieren (Zusatzmodule). Zusatzmodule müssen durch eine Prüfung abgeschlossen werden. Es werden jedoch keine Leistungspunkte erteilt, die für das Prüfungsfach angerechnet werden können, und die Noten der Modulprüfungen gehen auch nicht in die Benotung nach der Staatsprüfungsordnung ein. Auf Antrag des Studierenden werden die Zusatzmodule und die Ergebnisse der Modulprüfungen in das Zeugnis aufgenommen. Im Fall von Wiederholungsprüfungen gilt § 16 Abs. 3. Dass es sich um ein Zusatzmodul handelt, ist bei der Meldung zur Modulprüfung anzugeben.

§ 5

Qualifikationsziele, Standards und Inhalte des Studiums

(1) In den Modulen werden die wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Kompetenzen erworben, die den Kandidaten befähigen, seine Ausbildung im Vorbereitungsdienst der Lehrerbildung (zweite Phase) fortzusetzen (Qualifikationsziele). Die Kompetenzen orientieren sich an den Lehrerbildungsstandards der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz). Sie sind allgemein in der für Thüringen gültigen Form in § 4 der Staatsprüfungsordnung (ThürEstPLRVO) beschrieben.

(2) Die in der Staatsprüfungsordnung vorgegebenen Standards werden für das Prüfungsfach Evangelische Theologie einschließlich Fachdidaktik folgendermaßen konkretisiert:

- Grundlegende Inhalte der Fachgebiete Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie, Religionspädagogik und Religionswissenschaft kennen und fachspezifische Fragen selbst entwickeln;
- fachwissenschaftliche Begriffs-, Modell- und Theoriebildung in den einzelnen Fachgebieten kennen;
- Forschungsmethoden der genannten Fachgebiete kennen lernen;
- exegetische, historische, dogmatische, ethische, religionspädagogische sowie religionswissenschaftliche Fragestellungen bearbeiten und ihre Bedeutung hinsichtlich des späteren Berufsfeldes einschätzen;
- interdisziplinäre Verbindungen zu anderen Fächern, wie z.B. Ethik, Geschichtswissenschaft, Philosophie oder Psychologie aufzeigen;
- fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten für das Fach Evangelische Religionslehre an Regelschulen erwerben und anwenden;
- Didaktik, Theorien und Ziele der Teilgebiete der Religionspädagogik hinsichtlich ihrer Bedeutung für Lehr- und Lernprozesse kennen, darstellen und reflektieren;

- Kompetenzen in Wahrnehmung und Beschreibung von Sozialisationsprozessen in religiösen, kirchlichen und nicht-institutionalisierten Bereichen erlangen;
- theoretische und praktische Kompetenzen in der Planung, Durchführung und Auswertung des Unterrichts im Fach Evangelische Religionslehre erwerben;
- fachdidaktische Handlungsmodelle durchführen und begründen;
- Kompetenzen zur Evaluation des eigenen Unterrichts sowie zur Diagnose, Förderung und Beurteilung von fachlichen Lernprozessen bei Schülern und Schülerinnen erlangen.

(3) Das Studium im Prüfungsfach Evangelische Religionslehre hat einen Umfang von 80 LP (plus 5 LP Praxissemesteranteil). Es besteht aus 10 Pflichtmodulen (80 LP). Hinzu kommen 3 Vorbereitungsmodul (15 LP) und gegebenenfalls ein Vorbereitungsmodul für die wissenschaftliche Hausarbeit (20 LP).

Die Fachmodule sind:

FS	Pflichtmodule: Titel und Nummer	ECTS
1.-2.	Geschichte Israels und des Urchristentums (The L1)	10 LP
	Geschichte und Theologie der christlichen Lehre I (The L8)	10 LP
	Theorie religionspädagogischer Handlungsfelder (The L12)	10 LP
3.-4.	Literatur des Alten und Neuen Testaments (The L2)	10 LP
	Geschichte und Theologie der christlichen Lebensformen I (The L5)	10 LP
	Religionen in Kulturen und Gesellschaften I (BA RW 22)	10 LP
5./6.	Praxismodul (The L43)	5 LP
5./6.- 6./7.	Konfessionelle Identität des Protestantismus I (The L10)	5 LP
	Religionen in Kulturen und Gesellschaften II (MA RW 22)	5 LP
	Lebensweltliche und fachwissenschaftliche Orientierung des Religionsunterrichts (The L15)	5 LP
	Theologische Entwürfe im Alten und Neuen Testament (The L3)	5 LP

(4) Die Vorbereitungsmodul für die Staatsprüfung und die Wissenschaftliche Hausarbeit sind:

7.-8.	Vorbereitungsmodul, schriftliche Prüfung (The L44)	5 LP
	Vorbereitungsmodul, mündliche Prüfung (The L45)	5 LP
	Vorbereitungsmodul, mündliche Prüfung Religionspädagogik (The L46)	5 LP
9.	Vorbereitungsmodul, wissenschaftliche Hausarbeit (The L47)	20 LP

(5) Bei folgenden Modulen sind Zulassungsvoraussetzungen zu beachten:

Modulcode	Zulassungsvoraussetzungen
The L3	The L1 und The L2
The L10	The L8 und The L5
The L15	The L12 und The L43

(6) Die fachwissenschaftlichen Module gehen mit 50 LP in die Fachendnote der Staatsprüfung ein. Folgende in Absatz 3 genannten Module gehen nicht in die Staatsprüfung ein:

- Religionen in Kulturen und Gesellschaften I (BA RW22)
- Religionen in Kulturen und Gesellschaften II (MA RW22)

(7) Das Praxissemester besteht aus 5 Modulen, die sich in ihrer Gesamtheit auf die vier Kompetenzbereiche der Lehrerbildungsstandards der KMK beziehen: Unterrichten, Erziehen, Beurteilen, Innovieren Die Module werden in § 14 aufgeführt und in der Praktikumsordnung der Friedrich-Schiller-Universität dargestellt.

§ 6 Modulkatalog

(1) Auf der Grundlage dieser Ordnung wird vom Fakultätsrat ein Modulkatalog beschlossen. Bestandteil des Modulkatalogs sind (a) die Modulbeschreibungen der gem. § 5 Abs. 3 und 4 dieser Ordnung zu belegenden Module und (b) ein Musterstudienplan. Änderungen des Modulkatalogs, insbesondere Änderungen an den Modulbeschreibungen, bedürfen eines Beschlusses des Fakultätsrates und der Genehmigung durch den Rektor. Sie sind rechtzeitig zumindest elektronisch vor Beginn des Moduls bekannt zu machen.

(2) Die Modulbeschreibung informiert über Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls, die Voraussetzungen zur Teilnahme, die Voraussetzungen zur Vergabe von Leistungspunkten, die Lern- und Arbeitsformen sowie die Art der Prüfungsleistungen und deren Gewichtung für die Modulnote. Die Modulbeschreibung informiert weiterhin über die Häufigkeit des Angebotes des Moduls sowie über Arbeitsaufwand und Dauer.

(3) In den Modulbeschreibungen ist auszuweisen, ob das Modul in die Berechnung der Fachendnote für die Erste Staatsprüfung eingeht. Die Noten von Modulen werden in der Staatsprüfungsendnote nach der Zahl der LP gewichtet.

(4) Die Vorbereitungsmodule für die Staatsprüfungen sind in den Modulkatalogen zu kennzeichnen.

(5) Der Musterstudienplan informiert über eine zweckmäßige bzw. vorgeschriebene Abfolge der zu belegenden Module.

§ 7

Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Diese Ordnung regelt Anerkennungsfragen für Module einschließlich der Module des Praxissemesters. Für Anträge auf Anerkennung von Leistungen nach dieser Prüfungs- und Studienordnung sind die jeweiligen Prüfungsausschüsse für die Lehrerbildung, für Anträge auf Anerkennung von Leistungen bezüglich der Staatsprüfung ist das Landesprüfungsamt für Lehrämter zuständig.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Prüfungsfach an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden anerkannt.

(3) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden nach Rücksprache mit den jeweiligen Fachvertretern anerkannt, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Fakultät im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und -bewertung vorzunehmen. Werden Studien- und Prüfungsleistungen aus Lehrveranstaltungen des Zweifaches anerkannt, muss in einer Studienberatung geklärt werden, wie durch Äquivalenzmodule (-leistungen) die Gesamtzahl von 80 LP im Fachstudium erreicht wird.

(4) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Bei einem Auslandsaufenthalt während des Studiums garantiert der Abschluss einer Vereinbarung über das zu absolvierende Programm („Learning Agreement“) vor Antritt des Auslandsaufenthaltes die Anerkennung der im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen.

(5) Im Ausland erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden im Falle der Gleichwertigkeit nach Abs. 2 auch dann angerechnet, wenn sie während einer bestehenden Beurlaubung erbracht wurden und die Beurlaubung für einen studentischen Aufenthalt im Ausland nach § 17 Immatrikulationsordnung Abs. 2 Nr. 2-3 der Friedrich-Schiller-Universität Jena erfolgte.

(6) Werden Studien- und Prüfungsleistungen nach Abs. 4 anerkannt, die Zulassungsvoraussetzung für die Ersten Staatsprüfung sind, wird dies in der erforderlichen Form dokumentiert. Die Noten sind - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird von einem zuständigen Prüfer eine Äquivalenznote vergeben. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Modulzeugnis ist zulässig.

§ 8 Prüfungsausschuss

- (1) Zur Wahrnehmung der durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Durch Beschluss des Fakultätsrates können gemeinsame Prüfungsausschüsse für mehrere Studiengänge bzw. Studienfächer gebildet werden. Dabei müssen mindestens zwei Vertreter der einzelnen Studienfächer dem Ausschuss angehören. In diesem Falle kann die Mitgliederzahl des Ausschusses von der Regelung des Abs. 2 abweichen; das Zahlenverhältnis der Mitgliedergruppen ist zu wahren.
- (2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden auf Vorschlag der Statusgruppen durch den Fakultätsrat gewählt. Dem Prüfungsausschuss gehören zwei Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer, ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter und ein Student, der für dieses Prüfungsfach eingeschrieben ist, an. Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt i. d. R. zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes i. d. R. ein Jahr.
- (3) Die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses werden von einem Prüfungsamt geführt.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter das für den Vorsitz gewählte Mitglied oder sein Vertreter, anwesend ist. Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des für den Vorsitz gewählten Mitgliedes den Ausschlag. Das studentische Mitglied wirkt bei der Abstimmung über die Bewertung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen nicht mit.
- (5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Ordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er bestellt weitere Prüfer und Beisitzer. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.
- (8) Der Prüfungsausschuss berichtet an den Rat der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und der Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Prüfungs- und Studienordnung und zum Qualitätsmanagement.
- (9) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen und Einsicht in die Prüfungsakten zu nehmen.
- (10) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung von Aufgaben dem Vorsitzenden übertragen.

§ 9 Modulverantwortlicher, Prüfer und Beisitzer

- (1) Für jedes Modul und Vorbereitungsmodul ist seitens der Fakultät bzw. des zuständigen Instituts ein Modulverantwortlicher zu bestimmen. Ihm und der Studienfachberatung obliegen die Aufgaben der Beratung der Studierenden, die Bekanntmachung der ggf. aktualisierten Modulbeschreibungen und die institutsseitige Absicherung der Modulveranstaltungen und Prüfungen.
- (2) Modulverantwortliche und im Modul eigenverantwortlich Lehrende sind ohne besondere Bestellung Prüfer in den zugehörigen Modulprüfungen. Weitere Prüfer werden vom Prüfungsausschuss bestellt.
- (3) Prüfer für Staatsprüfungen werden vom Landesprüfungsamt bestellt.
- (4) Modulverantwortliche oder Prüfer in Modulprüfungen können nur solche Mitglieder und Angehörige der Friedrich-Schiller-Universität Jena oder in Ausnahmefällen einer anderen

Hochschule sein, die in dem betreffenden Prüfungsfach zur Lehre befugt sind oder waren. Soweit es Zweck und Eigenart der Prüfung erfordern, können auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zu Prüfern bestellt werden. Über deren erforderliche Qualifikation entscheidet der Prüfungsausschuss auf der Grundlage des Thüringer Hochschulgesetzes.

(5) Die Prüfer und Beisitzer sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§ 10 Arten von Modulprüfungen

(1) Die Modulprüfungen werden in Form von mündlichen Prüfungen, schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (Klausuren), Hausarbeiten und Projektberichten oder sonstigen nach vergleichbaren Maßstäben bewertbaren Prüfungsleistungen durchgeführt. In geeigneten Fällen können Prüfungen auch mit Unterstützung elektronischer Medien und mit elektronischer Dokumentation durchgeführt werden. Die Prüfungsart ist in der Modulbeschreibung anzugeben und wird zu Beginn des Moduls konkretisiert. Die Modulprüfungen beziehen sich auf den Gegenstand des Moduls unter Einschluss der dazu notwendigen Grundlagen. Ist die Prüfung bestanden, werden die in der Modulbeschreibung festgelegten Leistungspunkte erteilt.

(2) In den Prüfungen soll der Studierende nachweisen, dass er die gestellten Prüfungsaufgaben mit wissenschaftlichen Mitteln bearbeiten kann, dass er Zusammenhänge erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll 30 Minuten nicht überschreiten, Klausuren sollen einen Zeitraum von 90 Minuten nicht überschreiten, die Obergrenze für Hausarbeiten oder Projektberichte beträgt in der Regel 15 Seiten (30.000 Zeichen), ihre Bearbeitungszeit soll 4 Wochen nicht unterschreiten und 8 Wochen nicht überschreiten. Der Abgabetermin wird durch den Prüfer festgelegt. Übernahmen aus dem Internet sind im Literaturverzeichnis gesondert zu dokumentieren. Auf der letzten Seite ist die Erklärung aufzunehmen: *Ich erkläre, dass ich vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel und Literatur angefertigt habe.*

(3) Prüfungsleistungen können in geeigneten Fällen auch durch eine Gruppe von Studierenden (Gruppenprüfung) erbracht oder in Zusammenarbeit angefertigt werden (Gruppenarbeit). Dabei muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen als individuelle Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und zu bewerten sein. Die Prüfungszeit verlängert sich entsprechend. Die Gruppe soll nicht mehr als drei Studenten umfassen. Bei Gruppenprüfungen hat die Bekanntgabe des Ergebnisses individuell zu erfolgen.

(4) Mündliche Prüfungen werden vor zwei Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung abgelegt. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Studierenden jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben und zu begründen.

(5) Schriftliche Prüfungen sowie Referate und andere Leistungen, die unmittelbar im Verlauf von Lehrveranstaltungen erbracht werden, werden in der Regel von einem Prüfer bewertet. Die Bewertung soll innerhalb des Semesters, maximal 8 Wochen nach Abgabe der Prüfungsleistung erfolgen. Die Note und ihr Zustandekommen sind zu dokumentieren. Im begründeten Widerspruchsfall kann über den Prüfungsausschuss eine Zweitbegutachtung angefordert werden.

(6) Prüfungen, von deren Bestehen die Fortsetzung des Studiums abhängt, sind von zwei Prüfern zu bewerten.

§ 11 Anmeldung und Zulassung zu Modulprüfungen

(1) Die Anmeldung zur Modulprüfung hat spätestens sechs Wochen nach Vorlesungsbeginn zu erfolgen. In dieser Zeit kann die Anmeldung ohne Angabe von Gründen wieder zurückgezogen werden. Danach ist die Anmeldung zur Prüfung rechtlich verbindlich.

(2) Nach der verbindlichen Anmeldung zur Modulprüfung wird vorbehaltlich der Regelung in Abs. 4 zugelassen, wer

1. für den Lehramtsstudiengang und das Prüfungsfach an der Friedrich-Schiller-Universität immatrikuliert ist, dies gilt nicht für Zusatzmodule nach § 4 Abs. 4.
2. die Zulassungsvoraussetzungen zum Modul gemäß Modulbeschreibung nachweisen kann und
3. nicht die betreffende oder eine vergleichbare Prüfung endgültig nicht bestanden hat und sich nicht in einem anderen entsprechenden Prüfungsverfahren befindet.

(3) Die Zulassung zur Modulprüfung erfolgt durch das akademische Prüfungsamt. Ein besonderer Bescheid ergeht nur, falls die Zulassung zur Modulprüfung aufgrund nicht erbrachter Vorleistungen im Modul zu versagen ist. Der Studierende ist spätestens 14 Tage vor dem Prüfungstermin darüber ortsüblich in Kenntnis zu setzen.

(4) Ist die Zulassung zur Modulprüfung an bestimmte Modulleistungen gebunden, kann die Zulassung zur Modulprüfung vorbehaltlich der Erfüllung der Leistungen erfolgen. Die Leistungen sind in den Modulbeschreibungen zu definieren.

§ 12

Fristen für die Ablegung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen gelten als nicht bestanden, wenn der Studierende Fristen gem. den nachfolgenden Bestimmungen aus von ihm zu vertretenden Gründen versäumt.

(2) Am Ende des 3. Semesters wird festgestellt, ob die für das erste Studienjahr vorgesehenen studienbegleitenden Modulprüfungen gem. Musterstudienplan ordnungsgemäß absolviert worden sind. Sind sie nicht ordnungsgemäß absolviert, kann der Studierende das Versäumte innerhalb eines weiteren Semesters nachholen. Am Ende des 4. Semesters gelten alle nicht ordnungsgemäß abgelegten Modulprüfungen aus dem ersten Studienjahr als zum ersten Mal nicht bestanden.

(3) Überschreitet ein Studierender die Frist aus Abs. 2 um ein weiteres Semester, so hat der Studierende die jeweilige Modulprüfung endgültig nicht bestanden.

(4) Anträge auf Anerkennung eines Härtefalls sind an den Prüfungsausschuss zu richten.

§ 13

Sonderfälle

(1) Macht der Studierende im Vorfeld von Prüfungen glaubhaft, dass er wegen lang andauernder oder ständiger körperlicher oder seelischer Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so ist dem Studierenden zu gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Bestehen im Einzelfall Zweifel an diesen Angaben, kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss und trifft Festlegungen zum weiteren Verlauf des Studiums.

(2) Entsprechendes gilt für Studienleistungen. Dabei ist zu gewährleisten, dass der Studierende in ausreichendem Maße am Präsenzstudium teilnimmt.

§ 14

Praxissemester

(1) Aufgabe und Ziel des Praxissemesters ist es, Studierende zu befähigen, durch die Kombination von theoretischen Veranstaltungen an der Friedrich-Schiller-Universität und praktischen Erfahrungen an einer Praktikumsschule ihre Handlungsfähigkeiten weiter zu entwickeln und ihr pädagogisches Handeln wissenschaftlich zu reflektieren. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Lehrkräften an der Praktikumsschule und den Hochschullehrern sollen die Studierenden Kompetenzen in den Bereichen Unterrichten, Erziehen, Beurteilen und Innovieren entwickeln

(vgl. die bildungswissenschaftlichen Lehrerbildungsstandards der KMK vom 16. Dezember 2004). Die werktägliche Anwesenheit in der Schule soll in der Regel 5 Zeitstunden nicht unterschreiten. Aufbau und Durchführung des Praxissemesters sind so angelegt, dass die Ausbildung auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden kann. Das Nähere regelt die Praxissemesterordnung für Lehrämter der Friedrich-Schiller-Universität.

(2) Das Praxissemester findet – je nach den zur Verfügung stehenden Praktikumsplätzen – entweder im 5. oder im 6. Semester gemäß Musterstudienplan statt. Über Ausnahmen entscheidet das Praktikumsamt des ZLD. Das Praxissemester dauert in der Regel ein Schulhalbjahr lang. Die lehrerbildenden Studiengänge sind so aufgebaut, dass während des Praxissemesters keine anderen Modulveranstaltungen oder Modulprüfungen stattfinden.

(3) Die Anmeldung zum Praxissemester und die Schulzuweisung sind im §4 der Praxissemesterordnung geregelt.

(4) Das Praxissemester gliedert sich in 5 Module:

- Modul P1: Einführung in die Schulwirklichkeit (10 LP)
- Modul P2: Fachdidaktik des ersten Studienfachs (5 LP)
- Modul P3: Fachdidaktik des zweiten Studienfachs (5 LP)
- Modul P4: Erziehungswissenschaft A: Diagnostizieren – Beraten (5 LP)
- Modul P5: Erziehungswissenschaft B: Evaluieren – Innovieren (5 LP)

Die Module des Praxissemesters zeichnen sich als Theorie-Praxis-Veranstaltungen dadurch aus, dass sie sowohl die anteiligen Zeitkontingente, die für das Schulpraktikum, als auch die jeweiligen Zeitkontingente, die für die Begleitseminare aufgewendet werden, umfassen.

(5) Die praktische Tätigkeit in der Praktikumschule wird aufgrund eines schriftlichen Urteils des Leiters der Praktikumschule vom Praktikumsamt für Lehrämter des ZLD mit „erfolgreich absolviert“ bzw. „nicht erfolgreich absolviert“ bewertet. Die Bewertung mit dem Urteil „nicht erfolgreich absolviert“ hat ein Beratungsgespräch mit dem Praktikanten zur Folge. Das Nähere regelt die Praxissemesterordnung.

(6) Die Leistungen aller Module werden bewertet. Die Leistungen der Module 2 – 3 gehen in die Staatsprüfungsnoten der jeweiligen Fachdidaktiken ein, die Leistungen der Module 4 – 5 gehen in die Staatsprüfungsnote der Erziehungswissenschaft ein. Das Praxissemester gilt als erfolgreich absolviert, wenn alle Module mindestens mit der Note „ausreichend“ bzw. mit „bestanden“ bewertet worden sind. Das Nähere, insbesondere die Wiederholung des ganzen Praxissemesters bzw. von Teilen, regelt die Praxissemesterordnung. Die Noten aller Module des Praxissemesters werden als Praktikumsbescheinigung in der erforderlichen Form dokumentiert.

(7) Der schulische Teil des Praxissemesters kann an einer Schule in einem anderen Bundesland oder an einer ausländischen Schule absolviert werden. Die Absicht ist dem Praktikumsamt für Lehrämter des ZLD mit der Meldung zum Praxissemester mitzuteilen. Das Nähere, insbesondere die Sicherung der Gleichwertigkeit, regelt die Praxissemesterordnung.

(8) Zuständig für die Beratung zu den modulübergreifenden Fragen ist das Praktikumsamt für Lehrämter des Zentrums für Lehrerbildung und Didaktikforschung (ZLD). Zuständig für die Beratung zu den Modulen des Praxissemesters sind die Modulbeauftragten.

§ 15

Bewertung der Prüfungsleistungen in Modulen, Bildung der Noten

(1) Die Noten für die Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt.

Es gelten folgende Noten:

- | | |
|---------------------|--|
| 1 = sehr gut | = eine hervorragende Leistung, |
| 2 = gut | = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Leistungen liegt, |
| 3 = befriedigend | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht, |
| 4 = ausreichend | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt, |
| 5 = nicht bestanden | = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

(2) Zur differenzierten Bewertung von Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erhöhen oder Erniedrigen der einzelnen Werte um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7, und 5,3 sind ausgeschlossen.

(3) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mit „bestanden“ oder mindestens mit 4,0 („ausreichend“) bewertet worden ist.

(4) Besteht eine Modulprüfung aus Teilprüfungen, dann errechnet sich die Note aus dem Durchschnitt der Noten der Teilprüfungen. Sind die Teilprüfungen Prüfungen über verschiedene Stoffgebiete, muss jede Teilprüfung bestanden sein. Diese Regelung ist in der Modulbeschreibung auszuweisen. Eine Gewichtung der Prüfungsleistungen ist möglich. Die Gewichtung ist in der Modulbeschreibung festzulegen.

(5) Bei der Bildung der Modulnoten wird von den Dezimalstellen nach dem Komma nur die erste unter Vernachlässigung aller weiteren Stellen berücksichtigt.

(6) Die Noten lauten:

Bei einem Durchschnitt bis 1,5	sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5	gut,
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5	befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0	ausreichend.

§ 16

Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können in der Regel einmal wiederholt werden. Bei Modulprüfungen, die aus mehreren Prüfungsleistungen in verschiedenen Stoffgebieten bestehen, sind nur die jeweils nicht bestandenen Prüfungsleistungen zu wiederholen. Die Prüfungsform der Wiederholungsprüfung kann von der Prüfungsform der ersten Prüfung abweichen, wenn im Modulkatalog diese Möglichkeit vorgesehen ist.

(2) Der Wiederholungstermin ist so anzusetzen, dass zwischen der Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses und der Wiederholungsprüfung mindestens zwei Wochen liegen und dass die Wiederholungsprüfung in der Regel bis zum Beginn der Vorlesungszeit des darauf folgenden Semesters abgeschlossen ist. Hausarbeiten, die mit „nicht bestanden“ bewertet wurden, können innerhalb von 4 Wochen überarbeitet und verbessert werden. Fällt ein Wiederholungstermin einer Modulprüfung in das Praxissemester, wird der Termin auf einen Zeitpunkt nach dem Praxissemester verschoben. Das Prüfungsamt gibt den neuen Prüfungstermin bekannt.

(3) Ein nicht bestandenes Wahlpflichtmodul kann einmalig durch ein anderes erfolgreich absolviertes Wahlpflichtmodul ersetzt werden. Nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse ist dem Prüfungsamt die Wahl des neuen Wahlpflichtmoduls unverzüglich bekannt zu geben.

(4) Eine zweite Wiederholung einer Modulprüfung ist nur auf begründeten Antrag (Härtefallantrag) an den Prüfungsausschuss möglich.

(5) Wiederholungsprüfungen werden von zwei Prüfern begutachtet.

§ 17

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (Note 5,0) bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Zulassung zur Modulprüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt für versäumte Abgabetermine schriftlicher Hausarbeiten oder anderer Prüfungsleistungen.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Modulverantwortlichen oder Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Bei Krankheit oder Unfall des Kandidaten oder eines von ihm überwiegend selbst zu versorgenden Kindes ist ein

ärztliches und im begründeten Einzelfall auf Verlangen des Prüfungsausschusses ein amtsärztliches Attest vorzulegen, in dem die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt wird.

(3) Ein Rücktritt von einer Prüfungsleistung nach Bekanntgabe der Note ist ausgeschlossen.

(4) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die gesamte Modulprüfung als „nicht bestanden“ (Note 5,0). Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer bzw. Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Falle gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ (Note 5,0).

§ 18

Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Ordnung getroffen werden, sind schriftlich zu erteilen und zu begründen sowie mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Gegen sie kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss eingelegt werden.

(2) Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss. Soweit sich der Widerspruch gegen eine gem. Abs. 1 getroffene Entscheidung von Prüfern richtet, entscheidet der Prüfungsausschuss nach Anhörung der Prüfer.

(3) Mitglieder des Prüfungsausschusses können Zuständigkeiten des Ausschusses nicht wahrnehmen, wenn sie selber Beteiligte an der dem Widerspruch zugrunde liegenden Prüfungsangelegenheit sind.

(4) Über einen Widerspruch soll zum nächstmöglichen Termin entschieden werden. Soweit dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, ist der Bescheid zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Widerspruchsbescheid ist dem Widerspruchsführer zuzustellen.

§ 19

Bescheid/ Bescheinigung

(1) Ist eine Prüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid.

(2) Verlässt der Kandidat die Hochschule oder wechselt er den Studiengang, so wird ihm auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Bewertung enthält.

§ 20

Ungültigkeit bereits festgestellter Prüfungsergebnisse

(1) Hat der Studierende bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nachträglich bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nachträglich bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 21

Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfrist

- (1) Nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse wird dem Studierenden auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine Prüfungsunterlagen gewährt. Das Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (2) Bestehen Modulprüfungen aus Teilleistungen, so gilt Abs. 1 analog für jede Teilprüfung.
- (3) Prüfungsunterlagen sind mindestens noch ein Jahr nach Abschluss der Ersten Staatsprüfung aufzubewahren.

§ 22

Studienfachberatung

- (1) Zu den Modulen beraten die Modulverantwortlichen. Zu fachspezifischen Problemen sowie zu Fragen des Studienablaufes berät die Fachstudienberatung.
- (2) Zur Staatsprüfung berät das Landesprüfungsamt für Lehrämter.
- (3) Für nicht fachspezifische Studienprobleme steht die Zentrale Studienberatung der Friedrich-Schiller-Universität zur Verfügung.

§ 23

Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen nach dieser Ordnung gelten gleichermaßen in der weiblichen und in der männlichen Form.

§ 24

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Ordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum 01. Oktober 2008 in Kraft.
- (2) Sie gilt ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens ferner für alle Studierenden, die ihr Studium ab dem Wintersemester 2007/08 aufgenommen haben. Leistungen, die von diesen Studierenden bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung in ihrem Studium erbracht wurden, werden anerkannt. Die Regelungen des § 29 Abs. 2 bis 4 ThürESTPLRSVO bleiben unberührt.

Jena, 9. März 2009

Prof. Dr. Klaus Dicke
Rektor der
Friedrich-Schiller-Universität